

Wohin mit Sebastian?

Bildung Manche verhaltensauffällige Schüler gehen über Monate nicht zur Schule. Eltern, Lehrer und Behörden schieben sich gegenseitig die Schuld zu.

Lea war fasziniert von Anne Frank. So sehr, dass die Viertklässlerin ihr Wissen über das jüdische Mädchen unbedingt mit den Mitschülern teilen wollte. Blöd nur, dass die Klasse Referate zu einem ganz anderen Thema halten sollte: „Haustiere“. Anne Frank passte da nicht. Das Buch sei ohnehin zu schwer für sie, habe die Lehrerin gesagt, erinnert sich Lea. Die Grundschülerin protestierte, gab Widerworte. Am Ende hielt sie trotzdem ihr Referat über Anne Frank, und dann noch eins über Katzen.

Lea schildert diese Begebenheit als eines von zahlreichen Beispielen dafür, wie unverständlich sie sich in der Schule fühlte. Sie ist erst 13 Jahre alt, aber wenn sie über ihre Schulkarriere spricht, klingt es, als habe sie in ihrem Leben schon manche Schlacht geschlagen. So wie in der Grundschule, wenn sie sich weigerte, „sinnlose“ Aufgaben zu bearbeiten. Oder am Gymnasium, als sie sich im Sportunterricht ungerecht behandelt fühlte, nicht aufträumen wollte und die Lehrerin sie daraufhin durch die Halle geschleift habe.

Lea gehört zu den Kindern, die an deutschen Schulen als „Problemfälle“ gelten. Sie sind renitent, stören, stellen Lehrer bloß. In Extremfällen werden sie gewalttätig, verletzen sich und ihre Mitschüler. Andere dagegen ziehen sich zurück, versinken in Schweigen oder in Depressionen.

Diese Kinder wechseln oft mehrmals die Schule, scheinen nirgends richtig hineinzupassen – weil Lehrer, Mitschüler und deren Eltern das Verhalten für unzumutbar halten. Was dabei in der Regel unbeachtet bleibt: wie sehr diese Kinder leiden.

Lea bekam schon in der Grundschule häufig Kopfweh, wurde unglücklich. So unglücklich, dass sie als Achtjährige mehrmals auf dem Schulhof damit drohte, sich umzubringen, erzählen ihre Eltern Iris und Ulf Schneider. Sie sind überzeugt: Es war das deutsche Schulsystem, an dem ihr Kind verzweifelte. Mit einigen anderen betroffenen Müttern und Vätern gründeten sie nun in Hamburg den Verein „SchülerGerechtLernen!“ für „schulgeschädigte Familien“, wie sie sich nennen. Die Mütter und Väter aus verschiedenen Bundesländern haben eines gemeinsam: ein Kind, das nicht in eine normale Schule passen will.

Wie Lea, 13 Jahre alt, aus Schleswig-Holstein, die als hochbegabt gilt, aber im staatlichen Schulsystem scheiterte, inzwischen in einer Privatschule lernt und dort plötzlich keine Probleme mehr hat. Wie

Sebastian, 17 Jahre alt, Asperger-Autist aus Hamburg, der die Schule monatelang gar nicht mehr besuchte. Wie Antti, 10 Jahre alt, der als hochsensibel gilt, schon in der ersten Klasse zweimal die Schule wechselte und heute nicht mehr in Niedersachsen, sondern in Finnland zur Schule geht.

Solche Kinder sollte es in Deutschland eigentlich nicht geben. Denn die Bildungspolitik hat 2009 unter dem Stichwort „Inklusion“ ein umfassendes Versprechen abgelegt: Alle Kinder, egal wie verschieden sie sind, sollen ihren Platz in einer deutschen Regelschule finden – unabhängig von einer Behinderung, von Begabung, Herkunft, Hautfarbe oder sonstigen Merkmalen. Schule soll allen gerecht werden.

Aber in der Praxis stößt das staatliche Schulsystem an Grenzen: wenn ein Kind besondere Fürsorge, besondere Freiräume, besondere Rahmenbedingungen braucht. Wenn sich eine Schule den Bedürfnissen des Kindes anpassen müsste – nicht umgekehrt. Wie viele Familien darunter leiden, ist zahlenmäßig kaum zu erfassen. Zu den ersten Treffen des Hamburger Vereins seien einige Dutzend interessierte Mütter und Väter gekommen, sagt der Vorsitzende

„Kinder werden schneller als von der Norm abweichend erlebt“, sagt der Kinderpsychiater.

Dirk Bleese, der als Sprecher fungiert und als Einziger seinen richtigen Namen nennt.

Zahlen der Kultusministerkonferenz zeigen, dass zahlreiche Kinder die „normalen“ schulischen Erwartungen nicht erfüllen. Mehr als eine halbe Million Schüler erhielten 2015 sonderpädagogische Förderung: wegen Lernproblemen, auffälligen Verhaltens oder einer Behinderung. Der Anteil von Schülern mit Förderbedarf lag im vorigen Schuljahr bei 7,1 Prozent. Vor allem die Zahl der Kinder mit „emotionalem und sozialem“ Förderbedarf, wie Verhaltensauffällige im Fachjargon genannt werden, ist stark gestiegen. Dabei werden Kinder wie Lea, die sich renitent verhalten, statistisch nicht einmal miterfasst.

„Es ist nicht so, dass es mehr psychisch kranke Kinder gibt“, sagt Kai von Klitzing, Kinderpsychiater an der Universitätsklinik Leipzig. „Es gibt aber eine größere Aufmerksamkeit für psychische Störungen.“ Außerdem würden Eltern anders erziehen

als früher, und der Anpassungsdruck in der Schule sei gestiegen, sagt Klitzing. „Kinder werden schneller als von der Norm abweichend erlebt.“

„Unsere Kinder sind erst in der Schule zu Störenfrieden geworden“, glaubt Blee. Sie würden sich meist deshalb auffällig verhalten, weil sie mit den Bedingungen nicht klarkämen, den großen Klassen, dem Stillsitzen und den Lehrern, die ihre Schüler „zurechtbiegen“ wollten.

Lehrer dagegen glauben häufig, dass die Problemschüler sie an ihre pädagogischen Grenzen bringen. „Einige Kinder verhalten sich so auffällig, dass Unterrichten kaum möglich ist“, sagt Simone Fleischmann, stellvertretende Vorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung. Lehrer spürten dabei den Druck, allen Schülern gerecht werden zu müssen. Das Schulsystem sei extrem leistungsorientiert. Einige Eltern forderten sogar, Problemkinder sollten die Klasse verlassen, weil sonst der eigene Nachwuchs nicht genug lerne.

Die Umsetzung der Inklusion, die einige Bundesländer konsequent vorantreiben, habe das Problem verschärft. Die Klassen würden heterogener. „Viele Lehrer sind darauf nicht vorbereitet“, sagt Fleischmann. Es fehle an Weiterbildungen, Sonderpädagoginnen, Räumen. „Einige Kinder bräuchten ganz andere Settings, andere Strukturen, mehr Sicherheit.“

So fallen einige verhaltensauffällige Schüler trotz Inklusion durchs Raster. Viele werden von einer Schule zur nächsten gereicht. Eltern versuchen nicht selten, das Wohl ihrer Kinder vor Gericht zu erstreiten. Behörden bemühen sich oft genug um Sonderlösungen – und scheitern dennoch, vor allem, wenn sie auf Eltern stoßen, bei denen sich viel Schulfrust aufgestaut hat.

Es gibt Extremfälle wie den von Sebastian, 17, aus dem Hamburger Stadtteil Allermöhe, der über Monate gar nicht mehr zur Schule ging. Sebastian ist Asperger-Autist. Es irritiere ihn, wenn die Welt nicht nach klar ersichtlichen Regeln funktioniere, erzählt seine Mutter Melanie Riemann. Ihren richtigen Namen will sie nicht nennen, weil sie Nachteile für ihren Sohn befürchte. Liege das Besteck nicht fein säuberlich aufgereiht neben Sebastians Teller, sei das für ihn schwer zu ertragen. Und er reagiere sehr empfindlich auf Lärm. „Er hört sein Blut durch die Adern rauschen“, sagt die Mutter.

Sebastians Schulkarriere beschreibt Melanie Riemann so: Schon in der Grund-



Schüler Sebastian in seinem Zimmer: Immer wieder lange Phasen der Leere

schule fiel er auf. War es ihm zu laut, rannte er aus der Schule und blieb erst vor dem Elternhaus stehen. Ab der fünften Klasse besuchte er eine Stadtteilschule. Immer wieder musste seine Mutter ihn vorzeitig abholen, weil er einen „schwierigen Tag“ hatte. Als er wieder einmal davonlief, folgte ihm die Lehrerin, wollte ihn zurück ins Klassenzimmer bringen. Sebastian fühlte sich in die Enge getrieben und drohte, einen Stein auf die Lehrerin zu werfen.

Daraufhin wurde er für einige Tage vom Unterricht ausgeschlossen. Als er kurze Zeit später beim Rauchen einer E-Zigarette erwischt wurde, kam es zum Streit mit der Schulleitung. Die Folgen habe ihr Sohn körperlich gespürt, glaubt Melanie Riemann: Er litt an Bauchschmerzen, übergab sich nächtelang. Ein Arzt diagnostizierte psychosomatische Beschwerden.

Danach besuchte Sebastian den Eltern zufolge stundenweise den sogenannten Haus- und Krankenhausunterricht. Ansonsten sei er oft zu Hause gewesen, oft vor dem Computer, er sei großer Fan von „Star Wars“. Es war eine Übergangslösung, das wussten alle Beteiligten.

Es sei nicht sinnvoll, Schüler dauerhaft aus sozialen Gruppen herauszunehmen, sagt Angela Ehlers, Referatsleiterin Inklusion der Schulbehörde Hamburg. Kinder, die in einer bestimmten Entwicklungsphase mit dem Unterricht überfordert seien, könnten zwar in kleinen Gruppen für eine befristete Zeit lernen. Diese Lerngruppen zielten aber darauf ab, die Kinder zu stabilisieren und schrittweise wieder in den Unterricht zu integrieren.

Aber welcher Unterricht sollte das im Fall von Sebastian sein? Viele Angebote erschienen seinen Eltern unpassend: Sebastian wechselte probeweise in die Autistenklasse eines Gymnasiums, wo er aber nicht bleiben konnte, weil er keine Empfehlung fürs Gymnasium hatte. Er besuchte eine weitere Stadtteilschule, wo er in einer Art Wahlkabine sitzen sollte, um ihn von Reizen aus der Umgebung und von den anderen Kindern abzuschirmen. Als er nach dem ersten Schultag aufgewühlt nach Hause kam, entschieden die Eltern: So geht es nicht. „Diese Art von Schule hat Sebastian schon einmal krank gemacht“, sagt der Vater, Sven Riemann. „Das wollten wir ihm nicht wieder antun.“

Zwischen diesen Stationen lagen lange Phasen der Leere, in denen Sebastian zu Hause saß – und in denen die Eltern sich Rechtsstreite mit der Schulbehörde lieferten. Die Schreiben, die sie mit Behörden, Schulen und Anwälten austauschten, füllten viele Regalmeter im Wohnzimmer. Derzeit besucht Sebastian wieder die Autistenklasse des Gymnasiums, bleibt aber formal Schüler der Stadtteilschule. Darauf haben sich alle im Sommer 2015 geeinigt. Allerdings finde kaum Unterricht statt, sagen die Eltern. Sebastian werde allenfalls beaufsichtigt, nicht aber unterrichtet. Riemanns klagen nun erneut. Sie erwägen den Gang zum Bundesverfassungsgericht.

Zu Einzelfällen will sich die Hamburger Schulbehörde nicht äußern, verweist aber auf die zahlreichen Unterstützungsangebote für Kinder mit Verhaltensproblemen. „Je früher wir über einen Fall Bescheid

wissen, umso besser können wir beraten und Schul-Hopping vermeiden“, sagt Ehlers. Ein Problem sei, dass Eltern heute stärker als früher auch öffentlich verlangten, die Schule solle die Probleme ihrer Kinder lösen. „Dabei zeigt sich manchmal, dass die Probleme der Kinder mit denen ihrer Familie eng verzahnt sind.“

Den Vorwurf, sie hätten in der Erziehung versagt, kennen im Verein für „schulgeschädigte Familien“ alle Mütter und Väter. Er verletzt sie. Ist er berechtigt?

Die Gründe für Schulprobleme und Verhaltensauffälligkeiten von Kindern seien völlig verschieden und nicht verallgemeinerbar, betont der Kinderpsychiater von Klitzing. Einige Eltern würden ihren Kindern zum Beispiel nicht mehr vermitteln, dass sie Regeln respektieren und auch mal Frust aushalten müssten. „Aber in der Schule muss ein Lehrer dem Kind Grenzen setzen, und da knallt es dann plötzlich.“

Auch Lehrern falle es jedoch manchmal schwer, angemessen auf Kinder einzugehen, die unter Depressionen, Ängsten, Verhaltensproblemen oder anderen psychischen Störungen leiden, sagt von Klitzing. „Wenn die Probleme eskalieren, weiß man sich manchmal nicht besser zu helfen, als das Kind von der Schule zu verweisen, was aber ein schlimmes Signal ist und durchaus zu einer dauerhaften ‚Schulschädigung‘ führen kann.“ Einander die Schuld zuzuschieben mache jedoch keinen Sinn.

Bei einem Vereinstreffen ist zu spüren, wie viel Bitterkeit sich bei den Müttern und Vätern aufgestaut hat. „Aus Kindern werden Problemfälle, für die es keine ein-

fachen Lösungen mehr gibt“, klagt Bleese. Viele Familien des Vereins haben sich deshalb ihre eigenen Lösungen gebastelt.

Die Heikkinnens, eine deutsch-finnische Familie, heißen in Wirklichkeit anders. Sie wollen anonym bleiben, weil sie berufliche Nachteile fürchten. Iris Heikkinnen, die Mutter, ist Lehrerin. Antti, der zehnjährige Sohn, gilt als hochempfindlich. „Er reagiert besonders stark auf das, was um ihn herum passiert“, sagt seine Mutter. „Ist es ihm zu chaotisch oder zu laut, ist er schnell überfordert.“ Antti habe zunächst eine Grundschule mit einem besonderen Lernkonzept besucht, das den Schülern viele Freiheiten lasse – aber auch die Pflicht auferlege, sich zu organisieren. Ihr Sohn habe nichts gelernt, glaubt Iris Heikkinnen. Wenige Monate nach der Einschulung hätten die Lehrer ihnen einen Schulwechsel nahegelegt.

Nächster Versuch: Waldorfschule. Hier sei Antti von Anfang an ins Abseits geraten. Nach zwei Monaten hätten ihn Mitschüler von der Schaukel geschubst. Nach vier Monaten packten sie ihn zu dritt, ein vierter Junge habe Antti einen Zahn aus dem Mund geschlagen. Die Eltern, wütend, erstatteten Anzeige. Die Waldorfschule habe daraufhin einen weiteren Schulwechsel empfohlen, sagen die Heikkinnens. Sie suchen zum dritten Mal innerhalb eines Jahres nach einer passenden Schule. Doch wirklich fündig werden sie in ihrer Umgebung nicht. Der Junge könne ja Kopfhörer aufsetzen, habe ein Schulleiter, den sie zum Erstgespräch trafen, vorgeschlagen.

Wie die Schulen den Fall sehen, ist schwer herauszufinden. In der Regel äußern sie sich nicht zu Schülern. Die Heikkinnens wollen nicht, dass jemand nachfragt. Sie erzählen, wie ihnen in ihrer Verzweiflung ein kühner Gedanke kam: Wird das finnische Schulsystem nicht immer gelobt? Die Familie besitzt ein Ferienhaus in Finnland, außerdem die doppelte Staatsbürgerschaft, die dem Jungen einen Schulbesuch ermöglichen könnte. Kann das klappen?

Iris Heikkinnen lässt sich freistellen, meldet Antti in Finnland an. „Vom ersten Tag an war alles anders“, schwärmt sie. Die Lehrerin habe den Schüler in den Arm genommen, ihm gesagt, er sei ein toller Junge. Komplette Umzuziehen sei für die Familie aber nicht infrage gekommen. Das Ergebnis ist ein Kompromiss.

Da sich die Schulferien in Niedersachsen und Finnland kaum überschneiden, geht Antti nun mehrere Monate im Jahr in Finnland zur Schule. Dann nämlich, wenn seine Mutter Ferien hat und mit ihm in den Norden reisen kann. In der restlichen Zeit lernt Antti zu Hause, in Deutschland. Sonntags schicken ihm seine finnische Lehrer einen Plan mit den Aufgaben für die nächste Woche. Und dann rufen sie zwei-, dreimal pro Woche an.

Silke Fokken, Kristin Haug, Miriam Olbrisch